



Entlastungspaket des Kantons ist für Gemeinden ein «Belastungspaket»

Der Regierungsrat will auf Kosten der Kommunen sparen. Städte und Landgemeinden wollen sich zur Wehr setzen.



Sparen beim 10. Schuljahr: Der Regierungsrat will, dass die Gemeinden einen Teil der Kosten übernehmen. Foto: Adrian Moser



Adrian Schmid

Wynigen probt den Aufstand. Die Gemeinde bei Burgdorf mit 2000 Einwohnern wehrt sich gegen das Sparpaket des Kantons. Es sei «irreführend», wenn der Kanton von einem Entlastungspaket spreche - für die Gemeinden sei es vielmehr ein «Belastungspaket». Viele Sparmassnahmen seien eine «Zumutung». Dies schreibt der Gemeinderat in einem Brief, den der Verband Bernischer Gemeinden (VBG), die Regionalkonferenz Emmental sowie Gemeinden und Grossräte aus der Region erhalten haben.

«Wir zweifeln nicht an, dass gespart werden muss», sagt Gemeindepräsident Fabian Horisberger (SVP). «Wenn der Kanton aber Kosten einfach auf die Gemeinden abwälzt, ist das nicht sinnvoll.» Nach einer ersten Schätzung rechnet Wynigen mittelfristig mit zusätzlichen Ausgaben von über 100 000 Franken pro Jahr. Einschneidend ist etwa, dass der Regierungsrat die Kantonsbeiträge an die Schülertransporte streichen will. Auch der Diemtiger Gemeindepräsident Martin Widmer (SVP) sagte unlängst, dass diese Sparmassnahme «verheerend» sei.

Weniger Geld für Fusionen

Der Widerstand kommt nicht nur vom Land, auch Städte sind besorgt. Thuns Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) hat Mühe, wenn der Kanton auf Kosten der Gemeinden spart. «Das sind nur Kostenverlagerungen und nicht echte Einsparungen.» Für die Bieler Stadtregierung ist bereits klar, dass sie das Sparpaket bekämpfen wird. «Seit der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III sind wir im Kampfmodus», sagt Stadtpräsident Erich Fehr (SP). Biel setzte sich mit Erfolg für ein Nein zur nationalen Vorlage ein. Diese Abstimmung habe ihm gezeigt, so Fehr, dass es sich lohne, gegen etwas zu kämpfen, das nicht korrekt laufe. Die Stadt Bern hält sich noch bedeckt. Weder Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL) noch Finanzdirektor Michael Aebbersold (SP) wollen einen Kommentar abgeben - weil die interne Analyse des Sparpakets noch nicht abgeschlossen sei.

Etliche Sparmassnahmen, die der Regierungsrat vor rund einem Monat in seinem 185-Millionen-Paket vorstellte, treffen die Gemeinden. Hier eine Auswahl:

- 10. Schuljahre und andere Brückenangebote zwischen Volksschule und Berufsbildung sollen künftig von den Gemeinden mitfinanziert werden. Bisher kam der Kanton dafür alleine auf. Für die Kommunen entstehen Mehrkosten von 10 Millionen Franken pro Jahr.

- Der Regierungsrat will die Kosten der Schülertransporte den Gemeinden überlassen. Dadurch spart der Kanton 4,5 Millionen.

- Der Regierungsrat beabsichtigt, die Kantonsbeiträge an Raumplanungsprojekte um 700 000 Franken zu reduzieren - zulasten der Gemeinden.

- Im Rahmen von Betreibungsverfahren werden die Gemeinden für die Amts- und Vollzugshilfe beigezogen. Dafür werden die Gemeinden mit 600 000 Franken entschädigt. Der Regierungsrat will dies streichen.

- Die Regierung plant, die Kantonsbeiträge an Gemeindefusionen jährlich um 300 000 Franken zu kürzen.

- Die Portokosten für den Versand von Wahlwerbematerial, 200 000 Franken, werden den Gemeinden nicht mehr zurückerstattet.

- Die Stimmrechtsausweise müssen die Gemeinden künftig selbst drucken, der Kanton will sie nur noch online zur Verfügung stellen. Der Regierungsrat rechnet mit zusätzlichen Kosten für die Gemeinden von 35 000 Franken.

- Aufgrund der geplanten Kürzungen bei der Spitex befürchten die Gemeinden, dass die Spitex-Organisationen vermehrt auf sie zukommen werden, um die Ausfälle zu kompensieren.

Zudem führen die Städte Bern, Biel und Thun im Steuerwesen ein eigenes Inkasso und erbringen weitere Leistungen in diesem Bereich. Der Kanton entschädigt sie dafür. Der Regierungsrat will die Städte davon entbinden und die Aufgaben dem Kanton übertragen, da er diese schon für die anderen Gemeinden erledigt. «Da habe ich keine Freude», sagt Thuns Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP). Er bezweifelt, dass der Kanton effizienter arbeitet. Der Regierungsrat behauptet, die kantonale Steuerverwaltung sei günstiger. Er geht von einem Sparpotenzial von über 3

Millionen Franken aus. Thun und Biel stellen diese Zahl infrage.

Halbe Million Mehrkosten

Es gibt allerdings auch Massnahmen im Sparpaket, welche die Gemeinden entlasten - etwa in der Sozialhilfe, im Behindertenbereich, im Heimwesen oder beim öffentlichen Verkehr. Wenn das Paket wie vorgeschlagen umgesetzt wird, werden die Gemeinden ab 2021 mit einer halben Million Franken pro Jahr zusätzlich belastet, schreibt der Regierungsrat in seinem Bericht. Dies sei «vertretbar». Die Regierung sei sich jedoch bewusst, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden «sehr unterschiedlich» ausfallen könnten.

Beim Gemeindeverband VBG zeigt man Verständnis für die Ängste der Gemeinden. «Wir werden uns für sie ins

Zeug legen», sagt Präsident Daniel Bichsel. Welche Sparvorschläge der VBG konkret bekämpfen wird, lässt der SVP-Grossrat und Gemeindepräsident von Zollikofen offen - da diese noch nicht im Detail beraten wurden. Allerdings hat sich der VBG bereits kritisch zum Sparen bei den Schülertransporten und Brückenangeboten geäussert - sowie dem Regierungsrat vorgeworfen, er verletze dort die Spielregeln. «Wir orientieren uns an den gemeinsam erarbeiteten Grundsätzen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden», sagt Bichsel. Die Lasten sollten nicht hin und her geschoben werden, damit werde letztlich nichts gespart. «Für den Bürger zählt nur die Zahl auf dem Einzahlungsschein seiner Steuerrechnung.» Diese Zahl enthält Kantons- und Gemeindesteuern.